

Bezugspreis: Vierteljährlich 30,- M., monatlich 10,- M. frei ins Haus, voraus zahlbar. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die schillingierten Kompositionen ...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Donnerstag, den 14. Juli 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Die Auflösung des Stadtparlaments.

Das Urteil des Oberverwaltungsgerichts eingetroffen.

Am heutigen Donnerstag vormittag ist das Urteil des Oberverwaltungsgerichts in der Klage gegen die Groß-Berliner Stadtverordneten-Versammlung eingetroffen.

Angültigkeit der Stadtverordneten- und Bezirksverordnetenwahlen aus. Infolgedessen hat die sofortige Auflösung der städtischen Parlamente zu erfolgen und es erscheint sonach zweifelhaft, ob die für den morgigen Freitag angeordnete Sitzung der Groß-Berliner Stadtverordneten-Versammlung noch stattfinden kann.

In den Kreisen des Magistrats verläutet, daß unmittelbar nach der Auflösung der Stadtverordneten-Versammlung ein Notgesetz

geschaffene werden wird, das die Geschäftsführung der Stadtgemeinde bis zu den Neuwahlen regelt. Man ist der Ansicht, daß mit dieser Funktion der Ver-hauptauschuß beauftragt werden wird.

Der Stadtverordnetenvorsteher Dr. Wehl wird sich im Laufe des heutigen Tages zum preussischen Minister des Innern, Dominicus, begeben, um mit diesem und dem Ministerialdirektor Dr. Freund, der bekanntlich an dem Gesetz Groß-Berlin mitgearbeitet hat, über das Schicksal der Berliner Stadtverordnetenversammlung zu beraten.

Das Pariser Abkommen.

Paris, 14. Juli. (E. G.) Ueber den Inhalt des zwischen den deutschen und französischen Sachverständigen getroffenen Abkommens teilt 'Petit Parisien' folgende Einzelheiten mit: Das Abkommen wird erst Gültigkeit haben, nachdem der Bericht der innerhalb 48 Stunden revidiert sein soll, von beiden Regierungen gebilligt worden ist.

Dieses System war bereits auf der Brüsseler Konferenz in Aussicht genommen worden, da es den Einfluß des Staates auf ein Mindestmaß verringert und gestattet, daß sich der Mechanismus der Reparationen im allgemeinen mehr den Handelsgesetzen anpaßt.

französische Waren ins Rheinland gelangen, so werden sie doch im übrigen Deutschland mehr oder weniger boykottiert. Andererseits beklagt sich Deutschland darüber, daß es durch das Loch im Westen außerordentlich geschädigt werde.

Prinzipiell sind beide Länder dahin übereingekommen, ein gewisses System der Reparationen und ein solches des Warenaustausches nunmehr in Kraft treten zu lassen.

Ueber die Frage der Holzhäuser hat man nicht gesprochen. Louchere scheint zu der Überzeugung gelangt zu sein, daß die französische Industrie diese zu besseren Bedingungen liefern könnte als Deutschland.

Das Spiel mit Oberschlesien.

Paris, 14. Juli. (W.Z.) Wie dem 'Matin' aus London gemeldet wird, soll das Foreign Office gestern den englischen Vorkämpfer in Paris, Lord Hardinge, angewiesen haben, der französischen Regierung mitzuteilen, daß die englische Regierung endgültig den Vorschlag, eine Sachverständigen-Kommission nach Oberschlesien zur Festsetzung der deutsch-polnischen Grenzlinie zu entsenden, annimmt.

Der Plan, das Schicksal Oberschlesiens in die Hand einer Sachverständigenkommission zu legen, wurde auf der Pariser Konferenz zwischen Briand und Curzon von französischer Seite gemacht. Damals stieß der Vorschlag bei der englischen Regierung keineswegs auf große Gegenliebe.

Das Ziel der Abrüstungskonferenz.

London, 14. Juli. (E. G.) Ein hier eingetroffenes Telegramm aus Washington befragt, daß Präsident Harding in einer an den Kongress gerichteten Erklärung zu verstehen gab, daß die Abrüstungskonferenz keinen Aufschub der Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland bewirken werde.

London, 14. Juli. (W.Z.) Times meldet, daß in der gestrigen Sitzung der Konferenz die Frage der Vertretung der englischen Regierung und der Regierungen der Dominions auf der Washingtoner Konferenz unformell erörtert wurde.

Die Irekonferenz in London.

Die irische Konferenz findet nicht, wie ursprünglich festgesetzt, am 14. Juli vormittags statt, sondern ist auf Wunsch De Valeros auf 4.30 Uhr nachmittags verlegt worden.

Das unpolitische Leipzig.

Von Max Quard.

Wir geben die nachfolgenden Ausführungen wieder, ohne mit ihnen allenthalben einverstanden zu sein. Den Nachweis zu führen, daß auf beiden Seiten gesündigt worden ist, scheint uns die internationale sozialistische Presse berufen zu sein als das Reichsgericht.

Die Leipziger Kriegsprozesse sind politische Prozesse. Ich bin überzeugt, daß dieser Behauptung am allerwenigsten in Frankreich widersprochen wird. Frankreich, das auf seine soldatische Ritterlichkeit pocht, und, was die äußeren Manieren angeht, in der Regel auch wirklich einen gewissen Anspruch auf Anerkennung dieser Eigenschaft hatte, strengt sicher die Anklage gegen einzelne Angehörige des deutschen Heeres nicht an, um diese Personen persönlich zu strafen oder sich an ihnen zu rächen.

Diesem Sinn und dieser Richtung der Ententeprozesse gegen deutsche Soldaten und Heerführer wird aber nun die Prozeßführung durch das Reichsgericht in Leipzig in keiner Weise sachlich gerecht, wiederum aus Gründen echt deutschen Mangels an politischem Gefühl. Oberreichsanwalt, höchste Richter und Verteidigung in Leipzig führen die Kriegsprozesse so traditionell, so nüchtern und so absolut im Rahmen des üblichen und gewöhnlichen Strafprozesses durch, als wenn sie damit etwas besonders Großartiges leisteten.

Dabei käme folgendes in Betracht: Die Anzeige z. B. wegen der Vorkommnisse im Gefangenenlager bei Kassel geht offensichtlich von der Annahme aus, daß die hygienischen und ärztlichen Einrichtungen dieser Kriegsorganisation unter dem Durchschnitt des Möglichen und Notwendigen geblieben seien, weil Deutschland oder wenigstens sein Beauftragter, französische Kriegsgefangene ruhig krepieren lassen wollte oder mindestens nachlässig behandelte.





...österreichischen Arbeiterkammer vom Abgeordneten Deutsch als Vertreter des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei begrüßt. Eine schwere Wirtschaftskrise nahe. Sie stelle den Verband vor große, verantwortungsvolle Aufgaben. Das österreichische Proletariat ist dem Proletariat der anderen Länder um ein starkes Stück vorausgeeilt. Nun zwingt es die Wirtschaftsnot, im Stellungskrieg zu verharren, die Machtpositionen und Stützpunkte zu behaupten, die es in glorreichen Kämpfen errungen. Die Aufgabe des Verbandstages ist es, die Rüstung für die erbitterten Kämpfe, die harren, zu schaffen. Der Verbandstag wird erwägen, daß er seiner Aufgabe gewachsen ist, und der ganzen Welt offenbaren, daß Oesterreichs Proletariat unererschütterlich

frei zu seinen Gewerkschaften

steht. Gelingt es, die drohende Wirtschaftskrise zu meistern, rücken uns die Proletariate der anderen Länder nach, dann soll es weiter vorwärtsgen zum letzten Kampf gegen den Kapitalismus, für den Sozialismus. (Beifall)

Abgeordneter Hanusch überbrachte die Grüße des Klubs der sozialdemokratischen Abgeordneten und der Gewerkschaftskommission. An dem heutigen Kongress ist zu erkennen, führte er aus, wie stark und mächtig das Proletariat geworden sei. Im alten Oesterreich mit seinen dreißig Millionen Menschen vermochten die Organisationen der Arbeiterklasse nicht mehr als eine halbe Million zusammenzufassen. Die Gewerkschaften in diesem kleinen Staat, der da von Oesterreich übriggeblieben ist, zählen an die neuhunderttausend organisierte Arbeiter.

Dabei marschieren die Metallarbeiter wie seit je an der Spitze der Gewerkschaftsbewegung.

Der Delegierte des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Schäfer, berichtete von der gewaltigen Entwicklung, die seine Organisation seit dem Kriegsende genommen habe. Leider vermochte sich die Kraft der Gewerkschaften infolge der Moskauer Wahlen nicht voll zu entfalten. Furchtbar sind die Schäden, die der proletarische Klassenkampf verursacht. Er erklärte, daß sich die reichsdeutsche Arbeiterkammer in gewerkschaftlicher und organisatorischer Beziehung eins fühle und ein Ganzes bilde.

Hampel begrüßte in deutscher und tschechischer Sprache den Gewerkschaftskongress im Namen der tschechoslowakischen Metallarbeiterorganisation und gab der Hoffnung Ausdruck, daß deutsche und tschechische Metallarbeiter wie einstens im alten Oesterreich zusammenwirken werden. Kaufmann, der Vertreter der deutschböhmischen Metallarbeiter, erklärte, daß sich das Proletariat Deutschböhmens noch eins und innig verbunden mit dem österreichischen Proletariat fühle. Der Vertreter der ungarischen Gewerkschaften, Bernath, konnte berichten, daß trotz der schweren wirtschaftlichen Krise und aller furchtbaren Kämpfe der ungarische Metallarbeiterverband stätlich erstärke und an Mitglieder zunehme.

Am zweiten Verhandlungstag erstattete Domee einen umfassenden Bericht über die Tätigkeit des Verbandes. In den Vorstandsbereichen schloffen sich die Berichte über die Verbandsfinanzen, die Kontrolle, das Schiedsgericht und über Presse und Bildungsweisen an.

Der Groß-Berliner Blumengeschäftstafel.

Der vom Verband der Gärtnereiarbeiter, Berlin, mit dem Verein der Blumengeschäftsinhaber Groß-Berlin am 21. Mai 1921 abgeschlossene Tarifvertrag zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Binder und Binderinnen in den Blumengeschäften für das Gebiet der Einheitsgemeinde Berlin ist gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 für allgemein verbindlich erklärt worden. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit dem 23. Mai 1921.

Es haben somit alle in den Blumengeschäften Groß-Berlins beschäftigten gewerblichen Arbeitnehmer ein tragbares Recht auf die im Tarifvertrag festgesetzten Lohnsätze.

Die Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Blümenbranche sind der heutigen Zeit entsprechend noch sehr schlecht, und empfehlen wir allen Kolleginnen und Kollegen nunmehr dringend, darauf zu bestehen, daß die Tariffrage überall gehakt werden.

Der Tarifvertrag ist bei der Verwaltung Groß-Berlin des Verbandes der Gärtnere, Berlin S. 42, Luisenufer 1, zu haben.

Pflanzenwirtschaft und Aufbau.

Die Juli-Kummer der „Betriebsrätezeitung“ des all-emmenen Deutschen Gewerkschaftsbundes beschäftigt sich in drei Auflagen mit den Fragen des planwirtschaftlichen Aufbaues und entrollt vor den Augen unserer Betriebsräte ein anschauliches Bild, das zeigt, wie in organischer Fortentwicklung der Betriebsverbände der Weg zu einer Bedarfsdeckung der Wirtschaft besritten werden kann. Es wird darauf hingewiesen, daß die Produktion für das Inland härter von der Ausfuhrproduktion getrennt werden muß, durch Arbeitsteilung ein höherer Leistungsgrad erreichbar ist, so daß der Arbeitnehmer zu höherem Arbeitseinkommen gelangen kann. Die Betriebsräte werden aufgefordert, hier mitzuarbeiten. Der wirtschaftspolitischen Schulung dient eine für die „Betriebsrätezeitung“ gezeichnete ausgezeichnete Karte von Aufst. Neues aus den Betriebswissenschaften“ bringt eine Diskussion hervorragender Fachleute über Betriebsfragen. Die Entsendung von Betriebsräten in den Aufsichtsrat behandelt ein Artikel von Aufst. und enthält die vom Wirtschaftsrat angenommene Regierungsvorlage. Zahlreiche andere lehrreiche Beiträge, Schiedsprüche usw. vervollständigen den reichen Inhalt dieses neuesten Heftes, das uns zeigt, wie der DGB demäht ist, eine jährliche Schulung der Betriebsräte zu fördern. An dieien liegt es nun, das Gebotene für sich und die Allgemeinheit voll auszunutzen. Postabonnemnt 8 M. vierteljährlich.

„Der Betriebsrat“, Zeitschrift des Allgemeinen freien Angestelltenbundes (Afa) für Betriebs- und Angestelltenräte bringt in seiner Juli-Kummer wiederum wertvolle Beiträge über volkswirtschaftliche Erfahrungen und technische Betriebsführung in der Artikelserie „Die Kontrolle der Produktion“, außerdem den Gesandtenbericht über die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat nebst zwei Artikeln hierzu von hervorragenden Sachverständigen. Eine sehr große Anzahl von für die Betriebsräte wichtigen Schiedsprüchen und Entscheidungen in Betriebsratsangelegenheiten und Bürgerbeschwerden vervollständigen den Inhalt. Die Zeitschrift kostet durch die Post bezogen für das Vierteljahr 3 M. und ist allen Interessenten sehr zu empfehlen.

Die Gewerkschaftsunterkommission des 12. Verwaltungsbezirks nahm in ihrer letzten Sitzung den Bericht von der Plenarsitzung der Gewerkschaftskommission Berlin entgegen, den die Gewerkschafts- und Betriebsrat erstateten. Mit dem Beschluß der Gewerkschaftskommission anlässlich der Erwerbslosenfrage konnte sich die Unterkommission nicht einverstanden erklären. Sie wünschte die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. Gen. Rarquardt, der als Bezirksperordneter den Verhandlungen der Unterkommission beizuhobte, ging eingehend auf das Erwerbslosenproblem ein. Im Anschluß hieran beantragte Gen. Schröder, in der nächsten Sitzung die Erwerbslosenfrage aufzurollen. Die Vertreter der drei sozialistischen Parteien sowie auch die Betriebsräte des gesamten 12. Verwaltungsbezirks lösen zu einer gemeinsamen Sitzung geladen werden, um hierzu Stellung zu nehmen. Ferner wurde zu den bevorstehenden Kaufmanns- und Gewerkschaftswahlen Stellung genommen. Da zum Gewerkschaftsbericht der Unterkommission nur ein Beisitzer zustuft, wurde Gen. Döhring als Beisitzer bestimmt. Dem Gen. Parthels als Angeklagten wurde die Angelegenheit der Kaufmannsgerichtswahlen übertragen. Ein Antrag der Holzarbeiter, eine öffentliche Versammlung zu veranstalten, um einen Bericht von der internationalen Gewerkschaftslistorenz Moskau entgegenzunehmen, wurde nach längerer Diskussion angenommen. Gen. Biermann wies auf die Ausstellung zur Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten, die zurzeit im

Rathaus zu Steglitz stattfindet, hin. Der Besuch dieser Ausstellung ist jedem Gewerkschaftsgenossen zu empfehlen. Für die organisierte Arbeiterkammer im 12. Bezirk bleibt das Schlossparktheater nach wie vor gesperrt. Gen. Rödel bedauerte, daß so wenig Delegierte erschienen sind. Es fehlten die Vertreter der Hausangestellten, der Heizer, der Metallarbeiter und der Friseur.

Eine Generalversammlung der Betriebsräte, einberufen von der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin, findet morgen, Freitag, um 6 Uhr statt, im Gewerkschaftshaus, Saal 4, Engelauer 15. Prof. Dr. Zedler er. Heidelberg spricht über den künftigen Wirtschaftsaufbau und die soziale Frage, Kollege G. Guioz über Aufbau und Organisation der Betriebswirtschaftsleiter. Einladungsliste, Delegiertenliste der F. D. A. und Verbandsbuch sind am Saalzugang vorzulegen.

Die englischen Maschinenarbeiter gaben 105 000 Stimmen und 108 000 Stimmen gegen die Lohnherabsetzung ab.

Soziales.

Arbeiterkass.

Am 1. Juli fand in Neuenahr die 31. Generalversammlung der Nahrungsmittelindustrie-Berufsgenossenschaft statt. Aus dem Bericht entnehmen wir, daß im Berichtsjahr 4456 Betriebe revidiert wurden. Von den technischen Aufsichtsbeamten wurden 148 persöhnlich beurlaubt, welche die der Berufsgenossenschaft nicht angemeldet waren. Die Betriebsinhaber wurden bestraft. Zur Anmeldung kamen 6469 Unfälle (im Vorjahr 6584). Von den Unfällen hatten 35 (62) tödlichen Ausgang. Es mußten auch im Berichtsjahr wiederum 11396 Anordnungen zur Anbringung von Schutzvorrichtungen und sonstigen Maßnahmen zur Verhütung von Unfällen verlangt werden. 38 Betriebsunternehmer mußten in Geldstrafen von 10 140 M. wegen Vergehens gegen die zum Schutze der Arbeiter erlassenen Unfallverhütungsvorschriften genommen werden. Mehrere Unternehmer wurden gemäß § 206 der RVO, als Unfallverheber haftbar gemacht. Der Bericht über die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften und der Tätigkeit der technischen Aufsichtsbeamten (Vorsteher Obergering-Ing. Urban) umfaßt 52 große Druckseiten. Er ist unentgeltlich durch Obergering-Ing. Urban, Berlin D. 15, Uhlandstr. 30, zu beziehen.

Gewinn-Auszug

18. Preuß.-Südb. (244. Preuß.) Klassen-Lotterie

Table with columns for prize classes (1. Klasse, 2. Klasse, etc.), prize amounts, and winning numbers. Includes text: „Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lotsennummer in den beiden Abteilungen I und II.“

Vertrieb: für den Bezirk Zell: Dr. Werner Weiler, Charlottenburg; für Braunschweig: Dr. W. P. S. Braunschweig; für Berlin: Dr. W. P. S. Berlin; für Brandenburg: Dr. W. P. S. Berlin; für Danzig: Dr. W. P. S. Danzig; für Dresden: Dr. W. P. S. Dresden; für Halle: Dr. W. P. S. Halle; für Köln: Dr. W. P. S. Köln; für Leipzig: Dr. W. P. S. Leipzig; für Magdeburg: Dr. W. P. S. Magdeburg; für Merseburg: Dr. W. P. S. Merseburg; für Potsdam: Dr. W. P. S. Potsdam; für Regensburg: Dr. W. P. S. Regensburg; für Schwerin: Dr. W. P. S. Schwerin; für Tilsit: Dr. W. P. S. Tilsit; für Torgau: Dr. W. P. S. Torgau; für Weiden: Dr. W. P. S. Weiden; für Wittenberg: Dr. W. P. S. Wittenberg; für Zittau: Dr. W. P. S. Zittau.

Large advertisement for Julius Loewenberg & Co. featuring various clothing items like 'Taghemd', 'Bieinkleid', 'Gardinennessel', etc., with prices. Includes slogan 'Wir haben für die Beiden Einfluß' and 'unserer Saison-Ausverkauf beispiellos'. Text: 'billige Preise festgesetzt!'.

Julius LOEWENBERG & CO. SWINEMÜNDERSTR. 86 + ECKE LORTZINGSTRASSE

Kleine Anzeigen nehmen folgende „Vorwärts“-Ausgabe bestellen sowie Geschäftsstellen der Zeitungs-Zentrale (B. Z.) Aktiengesellschaft an.

- List of addresses for subscription agents: Köpenick, Berlin, Charlottenburg, etc. Example: Köpenick: Köpenicker Str. 11, Hof barriere. - Seusslemer Str. 54, Baumstr. 171, am Rappent. (Geöffnet von 9-6 Uhr.)